



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG • REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTART • REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Die Regierungspräsidien fertigen bei (öffentlichen) Veranstaltungen oder besonderen Anlässen, wie z.B. bei Ernennungen, Beförderungen oder Ehrungen, auch **Fotos oder Videos (Bildaufnahmen)** von der Veranstaltung oder von den Teilnehmern. Einzelne, besonders geeignete Aufnahmen verwenden wir für die Öffentlichkeitsarbeit, zur hausinternen Information oder zu Dokumentationszwecken. Bei der Verarbeitung der Bildaufnahmen nehmen wir den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst.

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Für den Regierungsbezirk Freiburg:
Regierungspräsidium Freiburg
Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg
Telefon: 0761 208-0; E-Mail: poststelle@rpf.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Karlsruhe:
Regierungspräsidium Karlsruhe
Schlossplatz 1 – 3
76131 Karlsruhe
Telefon: 0721 926-0; E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Stuttgart:
Regierungspräsidium Stuttgart
Ruppmannstraße 21
70565 Stuttgart
Telefon: 0711 904-0; E-Mail: poststelle@rps.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Tübingen:
Regierungspräsidium Tübingen
Konrad-Adenauer-Straße 20
72072 Tübingen
Telefon: 07071 757-0; E-Mail: poststelle@rpt.bwl.de

2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern:

Regierungsbezirk Freiburg:
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de
Telefon: 0761 208-0

Regierungsbezirk Karlsruhe:
E-Mail: Datenschutz@rpk.bwl.de
Telefon: 0721 926-0

Regierungsbezirk Stuttgart:
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@rps.bwl.de
Telefon: 0711 904-0

Regierungsbezirk Tübingen:
E-Mail: Datenschutz@rpt.bwl.de
Tel.: 07071 757-0

3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

a) Zweck

Die Bildaufnahmen bei Veranstaltungen aus besonderem Anlass, dazu zählen vor allem auch die Aufnahmen von Personen(gruppen), und deren Veröffentlichung erfolgen im Rahmen einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit, zur Information der Beschäftigten oder zur Dokumentation der Veranstaltung. Eine Veröffentlichung im Internet dient weiter einem medienwirksamen Auftreten sowie der Information und Kommunikation mit einer breiten Öffentlichkeit.

Die Aufnahmen werden gespeichert, zwecks Eignung ausgewertet und so dann geeignete Aufnahmen für die Veröffentlichung in den (internen) Medien, etwa in den Printmedien und im Intranet der Innenverwaltung Baden-Württemberg, im Internetauftritt der Regierungspräsidien oder zur bildhaften Dokumentation verwendet und zu den Akten genommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Datensätze und Informationen, welche einmal im Internet zugänglich sind, mittels (gängiger) Suchmaschinen weltweit abgerufen, abgespeichert und mit anderen Datenbeständen oder Informationen verknüpft werden können. Hieraus lassen sich möglicherweise Persönlichkeitsprofile erstellen. Ins Internet eingestellte Daten, einschließlich Fotografien und Videoaufnahmen, können zudem ohne weiteres kopiert und weitergeleitet, verändert oder zu anderen Zwecken verwendet werden. Es gibt zudem spezialisierte Archivierungsdienste, die den Zustand von Internetauftritten regelmäßig abspeichern und dokumentieren. Dies kann dazu führen, dass veröffentlichte Daten und Informationen auch nach erfolgter Löschung weiterhin auffindbar sein können.

Die Veröffentlichung kann auch die Social Media-Nutzung, z.B. von Facebook, Instagram, Twitter oder Youtube, umfassen. Insoweit wird wegen

der Einzelheiten der Datenverarbeitung ergänzend auf die Datenschutzhinweise unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpf/service/social-media/> verwiesen.

Eine Weitergabe an die Presse erfolgt nur bei Anlässen von besonderem Interesse und Rang.

b) Rechtsgrundlagen

Das Anfertigen der Aufnahmen (Datenerhebung) und die Veröffentlichung einzelner Aufnahmen (Offenlegung) erfolgt in aller Regel auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO sowie § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG). Diese Vorschriften erlauben uns, personenbezogene Daten für die Wahrnehmung unserer gesetzlich übertragenen Aufgaben, wozu eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit gehört, zu verarbeiten.

Weiter kann nach § 15 LDSG das Beschäftigungsverhältnis als Rechtsgrundlage in Betracht kommen. Eine Weitergabe an die Presse erfolgt nur in Einzelfällen und auf der Grundlage von § 4 Abs. 1 Landespressegesetz (LPresseG).

Im Übrigen, insbesondere wenn eine Veröffentlichung im Internet oder in der Presse beabsichtigt ist, beruht die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer anlässlich der Veranstaltung erteilten Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 S.1 Buchstabe a) und 7 DS-GVO).

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir fertigen Foto- und Filmaufnahmen an und verwenden diese für die oben genannten Zwecke. Bei jeder Foto- oder Filmaufnahme, auf der eine Person so abgebildet ist, dass sie identifizierbar ist, handelt es sich um ein personenbezogenes Datum im Sinne des Art. 4 Nr. 1 DS-GVO.

5. Woher stammen Ihre Daten?

Die Bildaufnahmen werden in aller Regel von unserer Pressestelle oder von dafür autorisierten Beschäftigten gefertigt.

6. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Alle Bildaufnahmen von der Veranstaltung werden zunächst gespeichert und auf ihre Eignung für die genannten Zwecke gesichtet. Einzelne, besonders geeignete Aufnahmen werden ausgewählt und verwendet. Darüber hinaus erfolgt keine Datenverarbeitung.

7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Die personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen unseres gesetzlichen Auftrags oder im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses verarbeiten, werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben. Eine eventuelle Weitergabe an die Presse erfolgt nur, bei Anlässen von besonderem Interesse und Rang oder wenn Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht nicht. Die Foto- und Filmaufnahmen sind jedoch erforderlich, um unsere Aufgaben sowie die genannten Zwecke erfüllen zu können.

Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer einer Veranstaltung hat die Möglichkeit, einer Aufnahme von sich und deren Veröffentlichung zu widersprechen oder eine einmal erteilte Einwilligung zu widerrufen. Hierauf wird vor bzw. während der Veranstaltung ausdrücklich hingewiesen. Zusätzlich erfolgt eine Information nach Art. 13 DS-GVO.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die Bildaufnahmen, die für die genannten Zwecke nicht verwendet werden, werden unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats nach Anfertigung gelöscht. Die verwendeten Personenaufnahmen werden spätestens nach 3 Jahren gelöscht, sofern dem kein Dokumentationszweck entgegensteht. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung abgeschlossen wurde.

10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und - wenn ja - welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das jeweilig verantwortliche Regierungspräsidium postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des jeweiligen Regierungspräsidiums zukommen lassen. Die entsprechenden Adressen finden Sie unter Ziff. 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW) eine Beschwerde erheben. Diese können Sie auch online einlegen unter <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>.